



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Provisorisches Beschluss-Protokoll

der 1. Sitzung, Amtsjahr 2008-2009

Mittwoch, den 20. Februar 2008, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Roland Stark, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär
Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin*

Abwesende:

20. Februar 2008, 09:00 Uhr *Claude François Beranek (LDP), Andreas Burckhardt (LDP),
Stephan Ebner (CVP), Sebastian Frehner (SVP), Thomas Mall (LDP),
Stephan Maurer (DSP), Dieter Stohrer (EVP).*

20. Februar 2008, 15:00 Uhr *Andreas Albrecht (LDP), Claude François Beranek (LDP),
Andreas Burckhardt (LDP), Stephan Ebner (CVP), Sebastian Frehner (SVP),
Thomas Mall (LDP), Stephan Maurer (DSP), Urs Schweizer (FDP).*

Verhandlungsgegenstände:

	Antrittsrede des Grossratspräsidenten	2
1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.	6
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte.	8
3.	Bestätigung von Bürgeraufnahmen.	8
4.	Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Sibylle Benz Hübner).	9
5.	Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Markus Benz).	9
7.	Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Alexander Gröflin).	9
8.	Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Hansjörg M. Wirz).	10
9.	Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Annemarie Pfeifer).	10
10.	Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge André Weissen).	10

11.	Ratschlag Erhöhung der Beiträge an Anbieter von Spitex-Dienstleistungen, von teilstationären Angeboten und an Pro Senectute Basel im Hinblick auf die Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA).	10
12.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag betreffend Änderung des Gesetzes über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt (GKV) sowie Mitbericht der Finanzkommission.	11
13.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 07.1354.01 betreffend Darlehen Umbau des BVB-Depots Wiesenplatz.	14
15.	Initiative "Mobilfunkantennen-Wildwuchs". Weiteres Vorgehen nach dem Beschluss der rechtlichen Zulässigkeit	14
17.	Neue Interpellationen.	15
14.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Teilautonomie und Leitungen an der Volksschule. Änderung des Schulgesetzes.	17
16.	Ratschlag betreffend Rahmenkredit für die Erweiterung von Fernwärme-Versorgungsleitungen der Industriellen Werke Basel (IWB) für die Jahre 2008 bis 2012.	18
18.	Vorgezogene Budgetpostulate für 2009 1 - 6.	19
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	XXX
	Anhang B: Neue Vorstösse	XXX

Antrittsrede des Grossratspräsidenten

[20.02.08 09:04:02]

Roland Stark, Grossratspräsident:

Sehr geehrter Herr Statthalter

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Liebe Freunde auf der Zuschauertribüne

Am 16. Januar 2008 hat mich der Grosse Rat zu seinem Präsidenten für das Amtsjahr 2008/2009 gewählt. Für das Vertrauen danke ich Ihnen sehr herzlich. Ich bin zuversichtlich, dass ich bei der im letzten Jahr der Legislaturperiode besonders anspruchsvollen Aufgabe auf Ihre Unterstützung über alle parteipolitischen Grenzen hinweg zählen kann. Selbstverständlich stütze ich mich auch auf die Hilfe der engagierten und kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parlamentsdienstes unter der Leitung von Thomas Dähler und auf meinen Statthalter Patrick Hafner, dem ich eine optimale Vorbereitung auf das Grossratspräsidentenamt zu Beginn der nächsten Legislaturperiode wünsche.

Einen speziellen Dank aussprechen möchte ich meiner Vorgängerin Brigitta Gerber, die mich ausgezeichnet in die neue Aufgabe eingeführt hat und der ich für ihre umsichtige Amtsführung unter schwierigen Umständen meinen ausdrücklichen Respekt bezeugen will.

Ein Jahr lang der "höchste Basler" zu sein – als Appenzeller mit 1 Meter 76 in einer vom Hochhaus-Boom geprägten Stadt eine etwas gewagte Aussage - ist eine grosse Ehre, für mich persönlich natürlich, aber hoffentlich auch für meine Partei, der ich nun schon seit 40 Jahren als mehr oder weniger lammfrommes Mitglied diene. Ich werde mich nach Kräften bemühen, den vielfältigen Anforderungen zu genügen und das Parlament und den Kanton Basel-Stadt verantwortungsbewusst und würdig nach aussen zu vertreten.

Den Ratsbetrieb werde ich so zu führen versuchen, dass Ihnen wegen der angeschlagenen Geschwindigkeit nicht schlecht wird, Sie aber vor Langeweile auch nicht einschlafen. Selbstverständlich das alles, ohne Ihre verbrieften Rechte als gewählte Volksvertreter auch nur im Geringsten zu beschneiden. Eine Gratwanderung mit Absturzgefahr. Aber 20 Jahre Mitgliedschaft in diesem Parlament und die selbstkritische Erinnerung an meine eigenen Aktivitäten ermöglichen hoffentlich die notwendige Gelassenheit. Gegen überzogene Erwartungen bin ich ohnehin gefeit. Trotzdem empfehle ich den Parlamentariern und den Regierungsräten, und dies ist heute meine einzige Literaturempfehlung, gelegentlich einen Blick in die Geschäftsordnung und die Ausführungsbestimmungen zu werfen. Der Lustgewinn wird sich zwar in Grenzen halten. Aber viele unnötige Missverständnisse lassen sich so wenigstens vermeiden. Aufmerksam habe ich registriert, dass meine Vorgängerin am muba-Essen nach einem ausgeklügelten System 130 Bücher verschenkt hat, von der Bibel bis zum Velo-Handbuch. Eine Geschäftsordnung war leider nicht darunter.

Zu meinem Amtsverständnis gehört aber auch, bei den verschiedenen Gelegenheiten nicht nur zu reden, sondern auch etwas zu sagen, das heisst, im angemessenen Rahmen von dem in der Bundesverfassung verankerten Recht auf freie Meinungsäusserung Gebrauch zu machen.

Einen Tag vor meiner Wahl wurde meine zweite Tochter Meret Smilla geboren, eine Tatsache, die der Woche 3 dieses Jahres für mich das Prädikat "denkwürdig" verleiht. Es war wohl unvermeidlich, dass ich deshalb auf mögliche Probleme im Spannungsfeld Familie-Beruf-Politik angesprochen wurde. Dazu nur eine kurze Bemerkung, die allerdings gleich für das gesamte Amtsjahr genügen muss:

Peter von Roten, der ehemalige Walliser CVP-Nationalrat, Basler Anwalt und Ehemann der Feministin Iris von Roten ("Frauen im Laufgitter") hat vor Jahrzehnten bemerkt, was Not tue, seien nicht Frauen, die schiessen wollten, sondern Männer, die auch Windeln wechseln könnten. Mindestens diese Aufgabe - und noch einige andere mehr - will ich trotz den vielen Einladungen gerne weiter führen. Ich bitte schon jetzt um Verständnis dafür, wenn der eine oder andere Gastgeber wegen unaufschiebbaren familiären Verpflichtungen nur von Ferne herzlich gegrüsst werden kann.

Vor fast genau 75 Jahren wurde Adolf Hitler zum Deutschen Reichskanzler ernannt. Die Machtübernahme der Nazis hatte einschneidende Folgen für meine Familie und damit letzten Endes auch für meine Politisierung. Die Erzählungen am Familientisch prägten Kindheit und Jugend. In der Schriftenreihe des Historischen Vereins Appenzell schildert mein Onkel Franz Stark eindrücklich, wie er 1933 zusammen mit seinem Bruder Hans wegen einer Schlägerei mit einem SA-Mann – nebenbei bemerkt unvernummt - in der Nähe von Kassel

verhaftet und zu Schutzhaft und sechs Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Glücklicherweise im Besitz eines Schweizer Passes, wurden sie schliesslich als "lästige Ausländer" (die es auch schon gab!) ausgewiesen, mit der Begründung, sie hätten in letzter Zeit öfters an sozialdemokratischen und auch kommunistischen Veranstaltungen teilgenommen. Mein Vater war zu dem Zeitpunkt sechs Jahre alt.

Meine Familie hatte grosses Glück. Denn schon damals wurden Häftlinge grün und blau geschlagen, schwer misshandelt und zu Tode geprügelt. Die Konzentrationslager füllten sich.

So wurde ich schliesslich nicht Deutscher, sondern Appenzeller. Die sonntäglichen Schilderungen bei Kaffee und Kuchen haben sehr früh das Interesse für die Politik geweckt, meinen Sinn für Recht und Unrecht, für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Gewaltenteilung entwickelt und geschärft. Gegen die Lockrufe populistischer Marktschreier von links und rechts bin ich seither weitgehend immun. Und auch der unterdessen bis in höchste Ämter verbreiteten Unsitte, missliebige, anders denkende Politiker mit Nazi- oder Faschismusvergleichen zu bekämpfen, konnte ich aus Respekt vor den Opfern der Diktatur nie etwas abgewinnen.

Mit Sorge betrachte ich die fortschreitende Entsolidarisierung und Brutalisierung unserer Gesellschaft. Unkontrollierte, deregulierte Kräfte des freien Marktes und das Vordringen der Kommerzialisierung in fast alle gesellschaftlichen Ritzen haben Realität werden lassen, wovor ein kluger Mann vor Jahrzehnten schon gewarnt hat (Zitat):

"Zum Unglück hat sich mit der Industrie ein System verbunden, das Profit als den eigentlichen Motor des gesellschaftlichen Fortschrittes betrachtet, den Wettbewerb als das oberste Gesetz der Wirtschaft, Eigentum an den Produktionsgütern als absolutes Recht, ohne Schranken, ohne entsprechende Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber."

Dies ist kein Zitat aus den Schriften von Karl Marx. Der Satz ist gut vierzig Jahre alt (1967) und stammt von Papst Paul VI. aus seiner Enzyklika über den Fortschritt der Völker, „Populorum progressio.“ Beschrieben wird eine Entwicklung, die weit über das engere Feld der Wirtschaft hinaus reicht und zunehmend alle Lebensbereiche der Menschen tangiert.

Unser Gemeinwesen ist Fliehkräften ausgesetzt, die ein friedliches Zusammenleben erschweren: Zwischen Gesunden und Kranken, Armen und Reichen, Zuwanderern und Einheimischen, Gebildeten und Analphabeten des Informationszeitalters. Rücksichtslosigkeit ist zu einem dominanten Verhaltensmuster geworden. Im Klassenzimmer, auf dem Pausenplatz, im Strassenverkehr, im gesamten öffentlichen Raum, in den Medien und auch in der politischen Auseinandersetzung nimmt die Verrohung der Sitten alarmierende Ausmasse an.

Der Staat als Ordnungsmacht ist dabei auf dem Rückzug. Was anarchistische Irrläufer nicht geschafft haben - "Macht aus dem Staat Gurkensalat" - versuchen nun fundamentalistische Neoliberale in einer parteienübergreifenden Koalition durchzusetzen. Angriffsziel ist die so genannte Verbotsgesellschaft. Klickt man das Un-Wort bei Google an, wird man auf 2390 Seiten verwiesen. In der verzerrten und vergrößerten Darstellung dieser modernen Freiheitskämpfer mutiert der Staat zu einem Monster, das die Freiheit behindert, den Individuen Fesseln anlegt, den Bürgern mit Steuern und Gebühren in die Taschen greift, sie mit Gesetzen und Verordnungen drangsaliert. Sie merken, das Thema bringt mich in Rage.

In der Debatte werden Kraut und Rüben durcheinander geworfen. Cannabis-Freigabe, Parkplatzregime, Tempo-30-Zonen, Wegweisungsgesetz, Vermögenssteuer, Schulverweise, Rauchverbote, Denkmalschutz, Littering-Bussen, Hooligan-Überwachung, Lärmschutz, Polizeistunde, Tabak- und Alkoholverkaufseinschränkungen, Alterslimite bei Kino und Video, Minarett- und Kruzifixverbot, studentische Fechtkämpfe und so weiter und so fort.

Der Staat tritt in dieser Darstellung den Bürgerinnen und Bürger ausschliesslich als Vormund und Feindbild entgegen. Ich erlaube mir an dieser Stelle als Lehrer und Pädagoge die Frage, wie Erwachsene bei der Jugend glaubwürdig Respekt und Anstand einfordern wollen, wenn sie selbst staatliche Gebote und Verbote lächerlich machen oder gar zu deren Missachtung aufrufen. Es ist für mich eine schlichte Selbstverständlichkeit, dass der Staat als demokratisch organisierte Autorität legitimiert und verpflichtet ist, Gesetzen und Regeln Nachdruck zu verschaffen. Müllentsorgung auf der Strasse oder Randalieren an der Herbstmesse gehören nicht in die Liste der Menschenrechte und ihre angemessene Bestrafung hat nichts mit Polizeistaat zu tun. Mit Unbehagen, aber auch mit einem gewissen Amusement registriere ich, dass ausgerechnet die schärfsten Kritiker der so genannten 68er-Generation den antiautoritären Forderungskatalog mit dem Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht und die Mündigkeit der Kinder und Jugendlichen ins 21. Jahrhundert retten wollen. Sie übersehen, dass Respekt, Anstand, Rücksicht, Benehmen, Verlässlichkeit und Höflichkeit nicht als Relikte einer hinterwäldnerischen Paukerschule abqualifiziert werden können, sondern unverzichtbare Voraussetzungen für menschliches Zusammenleben sind, auch in der Schule. Zu beklagen wären also, wenn schon, nicht Verbotsgesellschaft und Reglementierungswut, sondern vielmehr das Vordringen einer Verwahrlosungskultur auf breitester Front.

Am aufgeregtesten - und am widersprüchlichsten - wird die Diskussion über die Rolle des Staates, wen wundert's, bei den Steuern geführt. Tatsache, aber offensichtlich nicht genügend präsent ist, dass der Staat für ein paar Franken pro Tag eine breite Palette von Dienstleistungen bereit stellt, die von allen unterdessen als Selbstverständlichkeit konsumiert werden: Sport und Kultur, Kindergärten, Schulen und Universitäten, Wohnungsbau und Gesundheitsversorgung, Beratung und Hilfe für Behinderte, Alte, Jugendliche, Arbeitslose, Drogensüchtige und ausländische Mitbürger, Strassenbau und Lärmschutz, öffentlicher Verkehr und Wirtschaftsförderung, Denkmalpflege und Umweltschutz. Verantwortungsbewusste Politikerinnen und Politiker würden ihrer Bevölkerung erklären, auch in einem Wahljahr, dass beides nicht zu haben ist: tiefe Steuersätze wie in Wollerau mit massiven Einnahmehausfällen und gleichzeitig zuverlässige öffentliche Dienstleistungen auf höchstem Niveau in einer Stadt mit Zentrumsfunktion. Weniger Staat bei den Einnahmen und mehr Staat bei den Angeboten, das passt so gut zusammen, wie wenn ich Zuckerwasser in den Wein giesse und mich nachher über die schlechte Qualität wundere.

Es geht um die Frage, was unsere Gesellschaft in Zukunft noch zusammenhält und um Solidarität und Gemeinsinn statt Eigennutz und Ellbogenmentalität. "Ein Staat, der seine sozialen Aufgaben abbauen muss, weil ihm das Geld fehlt", schrieb einmal Bundesrat Willi Ritschard, "baut sich selber ab. Er läutet damit wieder das mittelalterliche Faustrecht oder den Feuerwehrstaat ein, der nicht einmal seine Schläuche trocknen kann, weil sie dauernd nass sind."

Wir stehen am Beginn eines spannenden Wahljahres. Die Verkleinerung des Grossen Rates verschärft den Konkurrenzkampf um die verbleibenden 100 Sitze massiv, was nicht ohne Auswirkungen auf das Parlament, insbesondere auf den Umfang des Geschäftsverzeichnisses, bleiben wird. Die beiden frei werdenden Sitze im Regierungsrat – das war der Stand heute Morgen 09.00 Uhr - erhöhen die Brisanz noch zusätzlich. Immerhin: bei meiner Wahl als Grossratspräsident haben zwei Mitglieder des Regierungsrates ihren Verzicht auf eine neue Kandidatur erklärt und heute morgen haben wir erfahren, dass Fidel Castro zurückgetreten sei. Man darf gespannt sein, ob sich das noch steigern lässt.

Als wahlkampfprobter ehemaliger Partei- und Fraktionspräsident erteile ich Ihnen für den Ratsbetrieb keine Ratschläge oder gar Mahnungen und belasse es deshalb bei einem klugen Hinweis von Matthäus (dem Apostel, nicht dem Fussballer):

"Über jedes überschüssige Wort, das die Menschen auf Erden reden, werden sie am Tage des jüngsten Gerichts Rechenschaft ablegen müssen." (12,36)

Lassen Sie mich gegen Schluss auf ein Stichwort zurückkommen, das ich bei der Diskussion über die Sitzungsentschädigungen letzten Dezember schon aufgegriffen habe: Politikverdrossenheit.

Politiker werden an den Stammtischen, aber immer häufiger auch in ihren publizistischen Lautsprechern - von "Blick" bis "Weltwoche" - als Verschwender und Privilegienbesitzer denunziert oder, wie es Bernhard Christ, ein früherer Grossratspräsident, einmal treffend beschrieben hat, "als Classe politique mit dem Parfüm eines korrupten Klüngels bestäubt." Besonders verheerend wirken sich solche Beschimpfungen aus, wenn sie aus dem innersten Kreis der Politik selbst stammen. Sie erinnern sich vielleicht noch an die Worte eines Schlossbesitzers aus Rhäzüns, man solle Prämien an diejenigen Mitglieder des Bundesparlaments ausbezahlen, die Kommissionssitzungen schwänzen.

Es kann niemand ernsthaft verwundern, wenn unter diesen Umständen qualifizierte und motivierte Frauen und Männer für öffentliche Ämter immer schwieriger zu finden sind. Dafür ist die „Anseichprämie“, wie sie Kurt Jenny einmal genannt hat, wirklich zu gering. Viele schweizerische Gemeinden können ein Lied von dieser Misere singen.

Wir sollten demgegenüber gemeinsam, von links bis rechts, unsere Arbeit selbstbewusst und ohne falsche Bescheidenheit gegen solch primitive Angriffe verteidigen. Es gibt keinen Grund, in Sack und Asche herumzulaufen und damit denen Recht zu geben, die Menschen für politischen Ämtern permanent herabsetzen. Wer seine Kraft und seine Zeit für ein Trinkgeld dem Gemeinwesen zu Verfügung stellt, verdient Anerkennung und Aufmunterung. Ich halte es für meine Pflicht als Grossratspräsident, diese schlichte Wahrheit bei allen Gelegenheiten immer wieder zu vermitteln.

Politische Parteien sind, entgegen einem weit verbreiteten Vorurteil, wichtiger denn je, auch wenn ihre Bedeutung in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit abzunehmen scheint. Ihre Aufgabe, Instrumente einer verlässlichen Willensbildung zu sein, ist für eine funktionierende, lebendige Demokratie unverzichtbar. Eine Alternative zu den Parteien, die unterschiedlichste Interessen für das Allgemeinwohl bündeln und in konkrete Massnahmen umsetzen, ist weit und breit nicht in Sicht. Es bleibt dann allerdings die vornehmste Pflicht der gewählten Volksvertreter, klare Entscheide zu fällen und diese mit Mut und Engagement auch gegen wuchernde Einzelinteressen durchzusetzen. Die zentrale Aufgabe der Politik besteht darin, Orientierung zu geben, Prioritäten zu bestimmen, Entscheidungsgrundlagen für eine interessierte politische Öffentlichkeit bereitzustellen. Die Phantasie der Parteifunktionäre und ihrer Eventmanager beschränkt sich unterdessen leider häufig darauf, eine süffige Schlagzeile für eine der zahlreichen Sonntagszeitungen zu provozieren. Die

Folge: Dürrtiger Inhalt, windkanalgetestete Kleisterphrasen, dazu viel Farbstoff und noch mehr Verpackung. Fast-Food-Politik also.

Diese Reklamisierung der Politik führt dazu, dass Politiker nicht nur auf Plakaten und Inseraten für sich werben wie Windel- oder Wurstfabrikanten, sondern dass sie genau so geworden sind, wie sie feilgeboten werden. Sie verkaufen Argumente, statt sie zu finden, sie benutzen Probleme, statt sie zu lösen. Politiker als Verkäufer, nicht als Veränderer. Die Diskussionen und die Plakate über die Ausländer- und Asylpolitik oder über die Jugendkriminalität bieten dafür reichhaltiges Anschauungsmaterial.

Ich rede hier nicht einer künstlichen Harmonie das Wort. Dafür fehlt mir die Legitimation. Die politische Auseinandersetzung muss spannend, kontrovers, sachbezogen, aber selbstverständlich auch lustvoll und polemisch geführt werden, in einem Wahljahr ohnehin. Die Parteien brauchen scharfe Profile und unverwechselbare Identitäten, deutliche inhaltliche Abgrenzungen. Wäre ich nicht Grossratspräsident, würde ich vielleicht sagen, Fusionen sind das falsche Rezept gegen den drohenden Wählerschwund. "Ohne Streit", diagnostizierte einst der begnadete Polemiker Heiner Geissler, "wird man zuerst uninteressant, dann langweilig, schliesslich einschläfernd und am Schluss ein Fall für das Betäubungsmittelgesetz. Konform, uniform, chloroform."

Erst eigenständige, klar formulierte Ausgangspositionen schaffen die Voraussetzung für tragfähige Lösungen und ehrliche Kompromisse. Der Kompromiss steht am Ende und nicht schon am Anfang der Auseinandersetzungen.

In diesem Sinn erwarte ich gespannt den Beginn des neuen Amtsjahres und hoffe sehr, dass sich der eine oder andere Mosaikstein meiner etwas zugespitzten Beschreibung der aktuellen politischen Szenerie in den Debatten im Grossratssaal wieder findet. Von meinem unbequemen, renovierungsbedürftigen Hochsitz aus werde ich das sehr aufmerksam und schweigend verfolgen. Wenn möglich sogar mit neutraler Mimik.

Besonders freue ich mich darauf, heute nach der Sitzung möglichst viele von Ihnen, zusammen mit Freunden und Bekannten aus nah und fern, auf dem Novartis Campus zu einem gemütlichen Abend zu treffen. Im Herbst werden wir dann gemeinsam den traditionellen zweitägigen Betriebsausflug unternehmen. Über Ziel und Programm der Exkursion werden Sie rechtzeitig informiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Basel ist eine reiche Stadt, auch im internationalen Vergleich, nicht nur finanziell und ökonomisch, sondern auch kulturell und sozial. Zu verdanken hat sie dies Generationen von weitsichtig denkenden und handelnden Frauen und Männern, die sich an den unterschiedlichsten Orten engagiert haben. In Kirchen, Vereinen, in Gewerkschaften, Verbänden und politischen Parteien. Lässt diese Engagement weiter nach, verliert Basel mehr als ein paar Politiker. Die Stadt verspielt ihre Zukunftsfähigkeit. Stellen wir uns also gemeinsam der Verantwortung.

Ich eröffne das dritte Amtsjahr des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt nach in Kraft treten der Verfassung von 2006 und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. *[langer, anhaltender Applaus]*.

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

[20.02.08 09:28:39, MGT]

Mitteilungen

Roland Stark, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Neue Ratsmitglieder

Ich habe die Freude, zwei neue Mitglieder in unserem Rat zu begrüssen und bitte die Angesprochenen, sich jeweils kurz von ihren Sitzen zu erheben.

- Suzanne Hollenstein anstelle des zurückgetretenen Hansjörg Wirz. Für Frau Hollenstein ist es ein Wiedereinstieg; sie war von 1999 bis 2005 bereits Mitglied dieses Rates. Frau Hollenstein wird sich der LDP Fraktion anschliessen.
- Remo Gallacchi anstelle des zurückgetretenen Paul Roniger.

Ich wünsche Frau Hollenstein und Herrn Gallacchi für ihre verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse sie hier herzlich willkommen.

Rücktritt

Désirée Braun hat ihren Rücktritt aus dem Grossen Rat per Ende Februar bekannt gegeben. Frau Braun ist seit 2005 Mitglied des Rates. Ich danke ihr an dieser Stelle herzlich für ihre Arbeit und ihr Engagement und wünsche ihr für die Zukunft alles Gute.

Fraktionswechsel

Grossrat Felix Meier hat dem Ratsbüro seinen Austritt aus der FDP Fraktion mitgeteilt.

Die SVP Fraktion hat mitgeteilt, dass sie Felix Meier als Mitglied aufgenommen hat.

Gratulation

Lukas Engelberger ist letzte Woche Vater einer Tochter Celestine Claire geworden und spendiert heute Morgen den Kaffee. Wir gratulieren der Familie Engelberger sehr herzlich [*Applaus*].

Bildaufnahmen

Ich habe Telebasel gestattet, heute und nächsten Mittwoch Bildaufnahmen im Rat zu machen.

Neue Interpellationen

Es sind 9 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 1, 4 und 6 werden mündlich beantwortet.

Tagesordnung

Philippe Pierre Macherel (SP): beantragt, Geschäft 6, die Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Hansjörg M. Wirz), von der Tagesordnung abzusetzen.

Voten: *Felix W. Eymann (DSP)*

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, Geschäft 6 von der Tagesordnung abzusetzen und an der nächsten Sitzung zu traktandieren.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[20.02.08 09:36:23, ENG]

Zuweisungen

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen.**

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Rücktritt von Markus Benz als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission. (auf den Tisch des Hauses) (08.5026.01)
- Rücktritt von Annemarie Pfeifer als Mitglied der Regiokommission. (auf den Tisch des Hauses) (08.5025.01)
- Rücktritt von Alexander Gröflin als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission. (auf den Tisch des Hauses) (08.5024.01)
- Rücktritt von Peter Zinkernagel als Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (auf den Tisch des Hauses). (08.5040.01)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Patrik Cattin und Konsorten betreffend Einführung eines Einheimischen-Ausweises - Bebbi-Pass. (stehen lassen) (03.7609.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Engeler und Konsorten betreffend Aufwertung von Fussgängerverbindungen von der Heuwaage zum Bahnhof, resp. zum Zoo. (stehen lassen) (BD, 05.8351.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Christine Heuss betreffend Auffrischung des St. Jakobsdenkmals. (BD, 07.5281.02)
- Stellungnahme des Regierungsrates zum GPK-Verwaltungsbericht 2006 sowie zum Mitbericht der GSK. (STK, 07.5237.02)
- Bericht des Regierungsrates zur Vereinfachung beim Vollzug von Bewilligungen an Gastgewerbebetriebe. (BD, 07.2027.01)
- Nachrücken von Remo Gallacchi als Mitglied des Grossen Rates (Nachfolge von Paul Roniger). (07.5388.02)
- Nachrücken von Suzanne Hollenstein-Bergamin als Mitglied des Grossen Rates (Nachfolge von Hansjörg M. Wirz). (08.5008.02)
- Rücktritt von Désirée Braun als Mitglied des Grossen Rates. (auf den Tisch des Hauses) (08.5047.01)

3. Bestätigung von Bürgeraufnahmen.

[20.02.08 09:36:42, JD, 07.2139.01, EIN]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat 25 Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht (insgesamt 49 Personen), unter gleichzeitiger Bestätigung der Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Basel.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

Die bestätigten Bürgeraufnahmen sind im Kantonsblatt Nr. 15 vom 23. Februar 2008 publiziert.
--

4. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Sibylle Benz Hübner).

[20.02.08 09:37:46, WA1]

Roland Stark, Grossratspräsident: beantragt, die Wahlen in den Traktanden 4, 5 und 7 - 10 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Wahlen in den Traktanden 4, 5 und 7 - 10 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Die SP-Fraktion nominiert Hans Baumgartner (SP) als Mitglied der Finanzkommission.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Hans Baumgartner** als Mitglied der Finanzkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Markus Benz).

[20.02.08 09:39:09, 08.5026.01, WAH]

Die EVP Fraktion nominiert Urs Joerg (EVP) als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Urs Joerg** als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Alexander Gröflin).

[20.02.08 09:39:45, 08.5024.01, WAH]

Die SVP Fraktion nominiert Rudolf Vogel (SVP) als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Rudolf Vogel** als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Hansjörg M. Wirz).

[20.02.08 09:40:09, WAH]

Die DSP Fraktion nominiert Markus Benz (DSP) als Mitglied der Regiokommission.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Markus Benz** als Mitglied der Regiokommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

9. Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Annemarie Pfeifer).

[20.02.08 09:40:33, 08.5025.01, WAH]

Die EVP Fraktion nominiert Heinrich Ueberwasser (EVP) als Mitglied der Regiokommission.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Heinrich Ueberwasser** als Mitglied der Regiokommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

10. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge André Weissen).

[20.02.08 09:40:55, WAH]

Die CVP Fraktion nominiert Remo Gallacchi (CVP) als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Remo Gallacchi** als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

11. Ratschlag Erhöhung der Beiträge an Anbieter von Spitex-Dienstleistungen, von teilstationären Angeboten und an Pro Senectute Basel im Hinblick auf die Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA).

[20.02.08 09:41:31, GSK, GD, 07.0717.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission; Christine Locher-Hoch (FDP); Beatriz Greuter (SP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1

Ziffer 2

Ziffer 3

Ziffer 4

Publikations- und Referendums Klausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Der Regierungsrat wird ermächtigt, teilstationären Einrichtungen für Betagte in den Jahren 2008 -2010 Subventionen in Höhe von insgesamt maximal CHF 1'950'000 pro Jahr auszurichten (Erhöhung der Position 730907506001 um CHF 900'000)
2. Der Regierungsrat wird ermächtigt, Spitex Basel für das Jahr 2008 eine Subvention in Höhe von maximal CHF 14'924'000 auszurichten (Erhöhung der Position 730907506103 um CHF 5'924'000)
3. Der Regierungsrat wird ermächtigt, Pro Senectute Basel für die Jahre 2008 – 2009 eine Subvention in Höhe von maximal CHF 845'000 pro Jahr auszurichten (Erhöhung der Position 730907406106 um CHF 350'000)
4. Der Regierungsrat wird ermächtigt, der Stiftung Krankenpflege zu Hause des SBK für die Jahre 2008 und 2009 eine Subvention in Höhe von maximal CHF 220'000 pro Jahr auszurichten (Position: neu)

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

12. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag betreffend Änderung des Gesetzes über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt (GKV) sowie Mitbericht der Finanzkommission.

[20.02.08 09:58:46, GSK FKom, WSD, 07.0128.02, BER]

Die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Die mitberichtende Finanzkommission beantragt, dem Beschlussesentwurf der GSK unter bestimmten Vorbehalten zuzustimmen, eventualiter den Ratschlag an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Voten: *Michael Martig, Referent der Gesundheits- und Sozialkommission; Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission; RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Conradin Cramer (LDP); Philippe Pierre Macherel (SP); Felix Meier (SVP); Rolf Stürm (FDP); Annemarie Pfeifer (EVP)*

Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis): beantragt, folgende Parlamentarische Erklärung zu beschliessen:

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt gibt der Meinung Ausdruck, dass der Regierungsrat den Stiftungsrat der Stiftung Sympany nur während den ersten 10 Jahren wählen soll. Danach würde der Stiftungsrat bei Vakanzen neue Mitglieder kooptieren.

Roland Stark, Grossratspräsident: erläutert das Vorgehen bei der Parlamentarischen Erklärung nach § 55 GO.

Das Büro hat am 5.12.2005 unter anderem folgende Präzisierung der Geschäftsordnung festgelegt und den Fraktionen mitgeteilt:

Anträge für Parlamentarische Erklärungen (PE) sind schriftlich bis vor der Sitzung beim Parlamentsdienst einzureichen. Sie werden kopiert und den Mitgliedern des Grossen Rates auf den Tisch gelegt. Die Grundsatzdiskussion über die PE findet im Rahmen der Eintretensdebatte auf das Geschäft statt, auf welches sich die PE bezieht.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir darüber abstimmen, ob wir die Parlamentarische Erklärung noch nachträglich als eingegangen betrachten.

Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis): erklärt, dass der Antrag auf eine PE zurückgezogen und als Antrag zur Ergänzung des Grossratsbeschlusses eingereicht wird.

Einzelvoten

Jürg Meyer (SP): beantragt Rückweisung.

Schlussvoten

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Baschi Dürr (FDP); Michael Martig, Referent der Gesundheits- und Sozialkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme, den **Rückweisungsantrag** von Jürg Meyer **abzulehnen**.

Detailberatung

Titel und Ingress (*keine Bemerkungen*)

Römisch I, Änderung GKV (*keine Bemerkungen*)

Römisch II, Umwandlung der ÖKK in eine AG (*keine Bemerkungen*)

Ziffer 1 (*keine Bemerkungen*)

Ziffer 2 (*keine Bemerkungen*)

Antrag

Die Fraktion Grünes Bündnis beantragt, neu Ziffer 3 in den Grossratsbeschluss einzufügen:

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt gibt der Meinung Ausdruck, dass der Regierungsrat den Stiftungsrat der Stiftung Sympany nur während den ersten 10 Jahren wählen soll. Danach würde der Stiftungsrat bei Vakanzen neue Mitglieder kooptieren.

Voten: *Philippe Pierre Macherel (SP); Rolf Stürm (FDP); Felix Meier (SVP); Conradin Cramer (LDP); Gisela Traub (SP); Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 57 gegen 34 Stimmen, dem Antrag der Fraktion Grünes Bündnis **zuzustimmen**.

Römisch III, Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit mit Vorbehalt. (*keine Bemerkungen*)

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme bei 9 Enthaltungen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

I.

Das Gesetz über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt (GKV) vom

15. November 1989 wird wie folgt geändert:

§1 Abs. 4 wird aufgehoben.

Das Kapitel D. Öffentliche Krankenkasse Basel mit den §§ 28 – 50 wird aufgehoben

II.

1. Der Regierungsrat wird beauftragt und ermächtigt, alle Rechtshandlungen vorzunehmen, um die Öffentliche Krankenkasse Basel (ÖKK) von einer selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt gemäss § 28 des Gesetzes über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt (GKV) vom 15. November 1989 in eine nicht-gewinnorientierte AG gemäss Art. 620 Abs. 3 OR umzuwandeln.

2. Nach der Umwandlung sind die Aktien an die bestehende, von der ÖKK gegründete Stiftung Sympany zu übertragen.

3. Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt gibt der Meinung Ausdruck, dass der Regierungsrat den Stiftungsrat der Stiftung Sympany nur während den ersten 10 Jahren wählen soll. Danach würde der Stiftungsrat bei Vakanzen neue Mitglieder kooptieren.

III.

Die Änderung und der Beschluss sind zu publizieren; sie unterliegen dem Referendum. Der Beschluss wird nach Eintritt der Rechtskraft wirksam. Die Änderung wird nach Eintritt der Rechtskraft und nach der Umwandlung wirksam. Ist die Umwandlung bis zum 31. Mai 2009 nicht erfolgt, fällt die Änderung dahin.

13. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 07.1354.01 betreffend Darlehen Umbau des BVB-Depots Wiesenplatz.

[20.02.08 11:18:57, UVEK, WSD, 07.1354.02, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Stephan Gassmann, Referent der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); Brigitte Heilbronner-Uehlinger (SP); Peter Zinkernagel (LDP); Pius Marrer (CVP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, den Basler Verkehrsbetrieben (BVB) für den Umbau des Depots Wiesenplatz ein Darlehen von CHF 45'105'000 (Stand Zürcher Baukostenindex ZBI April 2007) zu gewähren.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Tagesordnung

Roland Stark, Grossratspräsident: beantragt dem Rat in Abänderung der Tagesordnung, das Geschäft 15 vorzuziehen und das Geschäft 14 erst am Nachmittag zu behandeln.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen, Geschäft 15 vorzuziehen.

15. Initiative "Mobilfunkantennen-Wildwuchs". Weiteres Vorgehen nach dem Beschluss der rechtlichen Zulässigkeit

[20.02.08 11:43:35, BD, 07.1138.02, WVI]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen.

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD)*

Fraktionsvoten

Christoph Wydler (EVP): beantragt, die Volksinitiative "Mobilfunkantennen-Wildwuchs" gemäss § 18 lit. a. IRG

sofort den Stimmberechtigten ohne Empfehlung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

Einzelvoten

Voten: *Michael Wüthrich (Grünes Bündnis)*

Schlussvoten

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen, die Volksinitiative "Mobilfunkantennen-Wildwuchs" gemäss § 18 lit. b. IRG dem Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen.

Sitzungsunterbruch

12:00 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung

Mittwoch, 20. Februar 2008, 15:00 Uhr

Besuch auf der Zuschauertribüne

Der Präsident begrüsst auf der Zuschauertribüne eine Gruppe Jugendlicher vom Lernhaus des Schweiz. Arbeiterhilfswerkes. Ich freue mich, dass sie sich für unsere politische Arbeit interessieren und wünsche Ihnen einen lehrreichen Nachmittag.

17. Neue Interpellationen.

[20.02.08 15:05:00]

Interpellation Nr. 1 Christine Wirz-von Planta betreffend Radiokonzession "RRB, Radio das mehr Basel bietet"

[20.02.08 15:05:00, WSD, 08.5027.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Christine Wirz-von Planta (LDP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 08.5027 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 2 Martin Lüchinger betreffend das weitere Vorgehen bei der Entwicklung des Kasernenareals

[20.02.08 15:12:36, BD, 08.5031.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 3 Michael Wüthrich betreffend das willkürliche "in Polizeigewahrsam nehmen" von teilweise minderjährigen Personen und Tramfahrgästen in der Basler Innenstadt am 26. Januar 2008

[20.02.08 15:12:51, SiD, 08.5038.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Michael Wüthrich (Grünes Bündnis)*

Interpellation Nr. 4 Hans Baumgartner betreffend die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform 2 (U2) auf die Finanzlage des Kantons Basel-Stadt

[20.02.08 15:18:22, FD, 08.5041.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Hans Baumgartner (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 08.5041 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 5 Gabriele Stutz-Kilcher betreffend Fussgänger und Behinderten gerechte Gestaltung der Herbergsgasse als Hauptverbindung zwischen dem City Parking und der unteren Innenstadt

[20.02.08 15:23:31, BD, 08.5042.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 6 Beat Jans betreffend Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die Finanzen des Kantons Basel-Stadt

[20.02.08 15:23:50, FD, 08.5043.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Beat Jans (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 08.5043 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 7 Lukas Engelberger betreffend Zukunft des DRS Radiostudios in Basel

[20.02.08 15:29:32, WSD, 08.5044.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Lukas Engelberger (CVP)*

Interpellation Nr. 8 Urs Müller-Walz betreffend SGR idée suisse bald nur noch in Zürich?

[20.02.08 15:34:00, WSD, 08.5048.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis)*

Interpellation Nr. 9 Brigitta Gerber betreffend Änderung des Linien- und Erschliessungsplans (Verkehrsflächenänderung) bezüglich der Verkehrsverbindung Basel-Huningue

[20.02.08 15:36:50, BD, 08.5049.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Brigitta Gerber (Grünes Bündnis)*

14. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Teilautonomie und Leitungen an der Volksschule. Änderung des Schulgesetzes.

[20.02.08 15:39:49, BKK, ED, 05.2062.01, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission; RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

Fraktionsvoten

Voten: *Oskar Herzig (SVP); Rolf Häring (Grünes Bündnis); Oswald Inglin (CVP); Maria Berger-Coenen (SP); Urs Joerg (EVP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Daniel Stolz (FDP)*

Einzelvoten

Voten: *Thomas Grossenbacher (Grünes Bündnis); Heidi Mück (Grünes Bündnis)*

Schlussvoten

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Römisch I (*keine Bemerkungen*)

Römisch II, Begriffsbestimmungen und geschlechtsneutrale Formulierungen (*keine Bemerkungen*)

Römisch III (*keine Bemerkungen*)

Römisch IV (*keine Bemerkungen*)

Römisch V

§ 67a - § 79c (*keine Bemerkungen*)

§ 87a

Antrag

Die CVP-Fraktion beantragt bei § 87a Abs.1 nach dem ersten Satz einen zweiten Satz einzufügen:

"In ihr sind alle ihr unterstellten Schulstufen angemessen vertreten."

Voten: *Oswald Inglin (CVP); Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 53 gegen 22 Stimmen, den Antrag der CVP Fraktion abzulehnen.

§ 93 - § 112 (*keine Bemerkungen*)

Wirksamkeit (*keine Bemerkungen*)

Römisch VI (*keine Bemerkungen*)

Römisch VII (*keine Bemerkungen*)

Römisch VIII (*keine Bemerkungen*)

Römisch IX (*keine Bemerkungen*)

Römisch X Publikations- und Referendums Klausel (*keine Bemerkungen*)

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 28 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung,
den vorgeschlagenen Änderungen des Schulgesetzes zuzustimmen.

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum.

Die beschlossenen Gesetzesänderungen sind im Kantonsblatt Nr. 15 vom 23. Februar 2008 publiziert.

16. Ratschlag betreffend Rahmenkredit für die Erweiterung von Fernwärme-Versorgungsleitungen der Industriellen Werke Basel (IWB) für die Jahre 2008 bis 2012.

[20.02.08 17:29:25, UVEK, BD, 07.2127.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Erweiterung von Fernwärme-Versorgungsleitungen zu Lasten des Investitionsbudgets der Industriellen Werke Basel (IWB) wird ein Rahmenkredit von CHF 6'900'000, verteilt auf die Jahre 2008 bis 2012, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

18. Vorgezogene Budgetpostulate für 2009 1 - 6.

[20.02.08 17:32:23]

1. Vorgezogenes Budgetpostulat Patricia von Falkenstein betreffend Dienststelle Nr. 280 / Ressort Kultur / Neue Subventionen

[20.02.08 17:32:23, 07.5350.01, NVP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 07.5350 entgegenzunehmen.

Voten: *Alexander Gröflin (SVP); Daniel Stolz (FDP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Patricia von Falkenstein (LDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 14 Stimmen, das Vorgezogene Budgetpostulat **abzulehnen**.

Das Vorgezogene Budgetpostulat 07.5350 ist **erledigt**.

2. Vorgezogenes Budgetpostulat Martina Saner betreffend Dienststelle Nr. 702 / Abteilung Gesundheitsdienste / Ausgleich der wegfallenden Beiträge von Basel-Landschaft zu Gunsten der SRB

[20.02.08 17:41:25, 07.5366.01, NVP]

Der Regierungsrat ist bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 07.5366 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, das Vorgezogene Budgetpostulat 07.5366 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

3. Vorgezogenes Budgetpostulat Roland Engeler-Ohnemus betreffend WSD / Öffentlicher Verkehr, Globalbudget, Produktegruppe Tram und Bus

[20.02.08 17:41:53, 07.5374.01, NVP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 07.5374 entgegenzunehmen.

Voten: *Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis); Eduard Rutschmann (SVP); Stephan Gassmann (CVP)*

Zwischenfrage

von Eduard Rutschmann (SVP).

Voten: *Roland Engeler-Ohnemus (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 19 Stimmen, das Vorgezogene Budgetpostulat 07.5374 dem Regierungsrat **zu überweisen**.

Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Brigitte Hollinger betreffend Menschenhandel (08.5039.01).
- Schriftliche Anfrage Ernst Jost betreffend Traminseln Wettsteinplatz (08.5052.01).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Sitzungsunterbruch

17:54 Uhr

Basel, 21. Februar 2008

Roland Stark
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär